

Fachstelle 401 - Kultur  
Frau Beer-Kullin

Datum:  
15.09.2020

## **Beschlussvorlage**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

### **Straßenbenennung im Neubaugebiet "Am Wienebütteler Weg"**

#### **Beratungsfolge:**

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	16.12.2020	Verwaltungsausschuss
Ö	17.12.2020	Rat der Hansestadt Lüneburg

#### **Sachverhalt:**

Im Neubaugebiet „Am Wienebütteler Weg“, Bebauungsplan Nr. 174. sind Erschließungsstraßen neu zu benennen.

Aus Sicht der Verwaltung wäre es für eine sinnvolle und geordnete Hausnummerierung von Vorteil, die im Bebauungsplan Nr. 174 liegenden Planstraßen A (rot), C (blau), D (violett) und E (grün) mit eigenständigen Straßennamen zu benennen.

Die Planstraße B, F und G (Fuß und Radwege), alle gelb gekennzeichnet, sollten zusammen gefasst werden und einen einheitlichen Straßennamen erhalten, um für die geplante Reihenhausbauung an der Planstraße F ein einigermaßen zuverlässiges und zügiges Auffinden sicher zu stellen.

Ein Übersichtsplan ist der Vorlage als Anlage beigefügt.

Der Kultur- und Partnerschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 09.09.2020 darüber beraten, die Straßennamen wie folgt zu benennen:

1. Die im Lageplan als Planstraße A (rot) bezeichnete Erschließungsstraße wird „Dr.-Fritz-Bauer-Straße“ benannt.
2. Die im Lageplan als Planstraße C (blau) bezeichnete Erschließungsstraße wird „Dr.-Erna-Scheffler-Straße“ benannt.
3. Die im Lageplan als Planstraße D (violett) bezeichnete Erschließungsstraße wird „Dr.-Hildegard-Hamm-Brücher-Straße“ benannt.
4. Die im Lageplan als Planstraße E (grün) bezeichnete Erschließungsstraße wird „Frieda-Nadig-Straße“ benannt.
5. Die im Lageplan als Planstraße B, F und G (gelb) bezeichnete Erschließungsstraße wird „Elisabeth-Selbert-Straße“ benannt.

Eine Recherche nach der Sitzung des Kultur- und Partnerschaftsausschusses zur Benennung von Straßen mit dem akademischen Grad der Person hat ergeben, dass die Verwendung des Dr.-Titels bei Straßenbenennungen lediglich die Ausnahme sind. Im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg existiert lediglich eine Straße, die „Dr.-Lilo-Gloeden-Straße“. Ähnlich verhält es sich in vergleichbaren Städten.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, entgegen des Beschlusses des Kultur- und Partnerschaftsausschusses vom 09.09.2020 die Straßen ohne die Verwendung des Dr.-Titels im Neubaugebiet „Am Wienebütteler Weg“ zu vergeben.

Kurzbiografien der Personen sind der Vorlage als Anlage beigefügt.

### **Beschlussvorschlag:**

**Vorbehaltlich der Prüfung der Personen u.a. beim Bundesarchiv und Landesarchiv wird beschlossen, die fünf Straßen im Neubaugebiet „Am Wienebütteler Weg“, Bebauungsplan Nr. 174, wie folgt zu benennen**

- 1. Die im Lageplan als Planstraße A (rot) bezeichnete Erschließungsstraße wird „Fritz-Bauer-Straße“ benannt.**
- 2. Die im Lageplan als Planstraße C (blau) bezeichnete Erschließungsstraße wird „Erna-Scheffler-Straße“ benannt.**
- 3. Die im Lageplan als Planstraße D (violett) bezeichnete Erschließungsstraße wird „Hildegard-Hamm-Brücher-Straße“ benannt.**
- 4. Die im Lageplan als Planstraße E (grün) bezeichnete Erschließungsstraße wird „Frieda-Nadig-Straße“ benannt.**
- 5. Die im Lageplan als Planstraße B, F und G (gelb) bezeichnete Erschließungsstraße wird „Elisabeth-Selbert-Straße“ benannt.**

**Die Straßennamenschilder werden mit zusätzlich darunter angebrachten Schildern mit Erklärungen zu den Personen aufgestellt.**

**Die Benennung der Straßen erfolgt vorbehaltlich ihrer Erstellungen in der im Lageplan eingezeichneten Form**

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 60 Euro
  - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

x Ja  
Nein

Teilhaushalt / Kostenstelle:

41020

Produkt / Kostenträger:

28100103

Haushaltsjahr:

2021

e) mögliche Einnahmen:

**Anlage/n:**

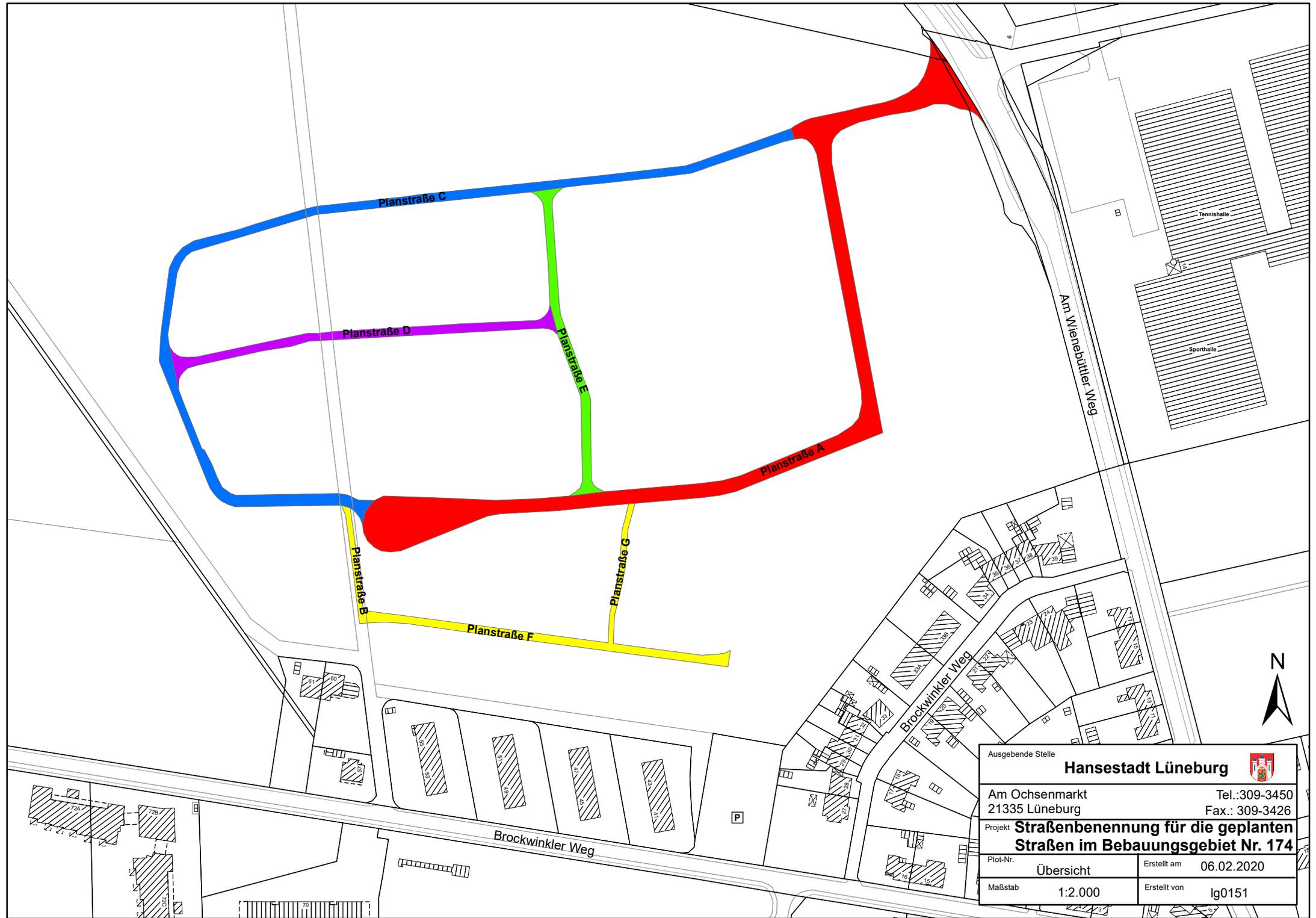
- Lageplan
- Biografien

**Beratungsergebnis:**

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

---



Ausgebende Stelle		<b>Hansestadt Lüneburg</b> 	
Am Ochsenmarkt 21335 Lüneburg		Tel.: 309-3450 Fax.: 309-3426	
Projekt <b>Straßenbenennung für die geplanten Straßen im Bebauungsgebiet Nr. 174</b>			
Plot-Nr.	Übersicht		Erstellt am 06.02.2020
Maßstab	1:2.000	Erstellt von	Ig0151

Lüneburg, den 20.8. 2020

**Betr.:** Straßenbenennung im Neubaugebiet „Am Wienenbütteler Weg“; hier: Hildegard-Hamm-Brücher-Straße

**Bezug:** ePost von 401, vom 31.7.2020, Frau Beer-Kullin

Anlage: - 2 -

#### VERMERK

Bei der Benennung der neuen Wohnstraßen im o. g. Neubaugebiet wird z. Zt. auch eine Benennung nach der liberalen Politikerin Dr. Hildegard Hamm-Brücher erwogen.

Die langjährige FDP-Politikerin hat als Journalistin, Publizistin, MdL, MdB und in verschiedenen politischen Ämtern die Politik nach 1945 in West-Deutschland nachhaltig mitgeprägt. Sie kann als Beispiel dafür gelten, wie sie sich als Frau in diesem von Männern geprägten, zunächst noch neuen politischen System der Bundesrepublik einen markanten Platz erkämpfte. Auch nach dem Ende ihrer politischen Karriere engagierte sich weiterhin im politischen und zivilgesellschaftlichen Raum für Bildungsgerechtigkeit, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und eine liberale, offene Gesellschaft. Eine Verstrickung in den NS-Partei- und Staatsapparat kann ausgeschlossen werden.

**Fazit:** Aus historischer Sicht bestehen gegen eine Straßenbenennung nach Hildegard Hamm-Brücher keinerlei Bedenken.

Anlage 1

#### **Hildegard Hamm-Brücher**

Geboren am 11. Mai 1921 in Essen, gestorben am 7. Dezember 2016 in München, ev.

Hildegard Brücher (seit 1956: Hamm-Brücher) stammte aus einer großbürgerlichen Familie. Nach dem frühen Tod der Eltern wuchs Hildegard Brücher mit ihren Geschwistern bei der Großmutter in Dresden auf. Dass sie nach den Nürnberger Rassegesetzen des NS-Staates als sog. „Halbjüdin“ galt, mußte sie mehrfach die Schule wechseln. Abitur in Konstanz. Chemie Studium in München 1945; Promotion zum Dr. rer.nat. („Hefemutterlaugen bei der Ergosterin-Gewinnung“) bei dem Chemie-Nobelpreisträger Heinrich Wieland. Während ihrer Zeit an der Universität München gehörte sie zum erweiterten Bekanntenkreis der „Weißen Rose“; geprägt wurde sie auch durch den Suizid naher Verwandter aus Angst vor dem NS-Partei- und Staatsapparat. Ab 1945 als Journalistin in München tätig (im Zuge der sog. Reeducation der US-Militärregierung). 1946 Bekanntschaft mit Theodor Heuss, der

sie vom (süd-westdeutschen) Liberalismus überzeugte. 1948 jüngstes Mitglied im Münchener Stadtrat. 1949/50 Studienaufenthalt in den USA (Harvard Univ., Politikwiss.). 1950 (bis 1966) jüngstes Mitglied des Bayrischen Landtages; erneut MdL 1970 bis 1976. 1963 bis 1976 FDP Bundesvorstand. Sie reüssierte vor allem zu bildungspolitischen Themen. 1967 holte sie der hessische Ministerpräsident Georg Zinn (SPD) in das hessische Bildungsministerium, obwohl die SPD in Hessen allein regierte. Als prononcierte Befürworterin einer sozial-liberalen Politik wechselte sie als Staatssekretärin in das Bundesbildungsministerium des ersten Willy-Brandt-Kabinetts. 1976 bis 1989 MdB, wurde Frau Hamm-Brücher als erste Frau Staatssekretärin (= „Staatsministerin“) im AA (Außenminister Genscher FDP, 2. „Staatsminister“ im AA war der SPD Politiker Klaus v. Dohnanyi). Sie verantwortete die Kulturpolitik des AA; dieser Sektor konnte seinen Etat in den 6 Jahren ihrer Amtszeit um 50 % steigern. U. a. auch Anerkennung von (Hoch-)Schul-Abschlüssen innerhalb der EG/EU. Sie lehnte 1982 den Wechsel der FDP in die Koalition mit der CDU/CSU ab und blieb seitdem „einfach“ Abgeordnete. 1994 scheiterte ihre Kandidatur für bei der Bundpräsidentenwahl. 2002 verließ sie wegen des sog. „Möller-Kurses“ (der zumindest als antiisraelisch zu gelten hat) die FDP, blieb parteilos. 2010 und 2012 wurde sie noch von Bündnis90/Die Grünen für die Bundesversammlung nominiert.

Dr. Hildegard Hamm-Brücher vertrat über die Jahrzehnte dezidierte politische Positionen, die man typischerweise als links- bzw. im Kontext des bundesrepublikanischen politischen Systems als sozial-liberal (z.B. im Gegensatz zu „wirtschaftsliberalen“ Positionen) bezeichnen kann. Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit waren die Bildungspolitik (Entkonfessionalisierung, Modernisierung des Schulsystems, „durchlässige“ Bildungsgänge); Bildungs- und Frauenemanzipation, Parlamentsreformen, Reform der Parteienfinanzierung. Großes Engagement für die Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit, 1964 Mitgründung der – überparteilichen – Theodor-Heuss-Stiftung. Mitgliedschaften u. a.: 1958 bis 1993 Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung, Präsidium des Dt. Evangelischen Kirchentages 1974 – 1988, Kuratorium des Jüdischen Zentrums München, Vorstand des Fördervereins Demokratisch Handeln (Jena). Mitinitiatorin "Hildegard-Hamm-Brücher-Preis für Demokratie lernen und erfahren" (2009) sowie des "Münchener Bürgerpreis gegen Vergessen - für Demokratie" (2011). Weitere Ämter (u. a.): Mitbegründerin des Fördervereins "Demokratisch Handeln" (1989), Kuratorin der Studienstiftung des Deutschen Volkes, Senatorin der Max-Planck-Gesellschaft, PEN-Zentrum der Bundesrepublik.

Zahlreiche Publikationen zu diversen Themen, darunter auch Lebenserinnerungen; ausgeprägte Präsenz in den Medien.

Zahlreiche Auszeichnungen und EhrendoktorInnenwürden. Münchener Ehrenbürgerin 1995.

Selbstbezeichnung nach 2002: „freischaffende Liberale“

J. Frölich, Hildegard Hamm-Brücher. Journalistin, liberale Politikerin, Staatsministerin (1921 – 2016), in: Internetportal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/hildegard-hamm-bruecher/DE-2086>)

Chr. Schmidt, Hildegard Hamm-Brücher, in: [www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/hildegard-hamm-bruecher](http://www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/hildegard-hamm-bruecher)  
Biografie WHO'S WHO – Hildegard Hamm-Brücher (<https://whwho.de/bio/hildegard-hamm-bruecher.html>)

Eintrag "Hamm-Brücher, Hildegard" in Munzinger Online/Personen - Internationales Biographisches Archiv, URL:

<http://www.munzinger.de/document/00000009955> (abgerufen von Ratsbücherei der Hansestadt Lüneburg)

Anlage 2

Benennungen nach Dr. Hildegard Hamm-Brücher im öffentlichen Raum (nicht vollständig)

Zähler	Straße	Weg	Platz, Grünan- lage ...	Ort
1	X			München
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				
9				
10				
11				
12				
13				
14				
15				
16				
17				
18				
19				
20				
21				
22				
23				
24				
25				
26				

Lüneburg, den 8.8. 2020

**Betr.:** Straßenbenennung im Neubaugebiet „Am Wienenbütteler Weg“; hier: Fritz-Bauer-Straße

**Bezug:** ePost von 401, vom 31.7.2020, Frau Beer-Kullin

Anlage: - 2 -

#### VERMERK

Bei der Benennung der neuen Wohnstraßen im o. g. Neubaugebiet wird z. Zt. auch eine Benennung nach dem Juristen Dr. Fritz Bauer erwogen.

Der niedersächsische und ab 1956 hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer steht wie kein anderer in der Geschichte der Bundesrepublik für die juristische Aufarbeitung der deutschen NS-Vergangenheit. Mit dem Remer-Prozeß (1950), den Ermittlungen gegen Eichmann (Prozeß 1961 in Israel) und den beiden Frankfurter Auschwitzprozessen (1963 – 1968) setzte er maßgebliche Fixpunkte für die politische Kultur der Bundesrepublik: Die Shoa wurde auch durch das Lebenswerk Fritz Bauers bis heute zum zentralen Deutungsmuster der deutschen Erinnerungskultur. Seit 1996 ist der 27. Januar, der Tag, an dem 1945 die Sowjetarmee Auschwitz befreite, offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

**Fazit:** Aus historischer Sicht bestehen gegen eine Straßenbenennung nach Fritz Bauer keinerlei Bedenken.

Anlage 1

#### **Fritz Max Bauer**

Geboren am 16. Juli 1903 in Stuttgart., gestorben am 1. Juli 1968 in Frankfurt a. M.

Fritz Bauer stammte aus einer jüdischen Familie, verstand sich selbst aber als Atheist und Freidenker. Abitur in Stuttgart. Studium Jura und Volkswirtschaft, 1. und 2. Staatsexamen; 1925 Promotion zum Dr. jur. („Die rechtliche Struktur der Truste“); ab 1928 Gerichtsassessor und dann seiner Zeit – wahrscheinlich - jüngster Amtsrichter Deutschlands in Stuttgart.

Seit 1920 Mitglied der SPD, Gründungsmitglied des Republikanischen Richterbunds, aktives Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. 1933 entlassen, verhaftet, KZ-Haft, Ende 1933 entlassen.

1936 Emigration nach Dänemark, 1940 von deutscher Besatzungsmacht verhaftet; Entlassung aufgrund der Intervention dänischer Unterstützer. Flucht nach Schweden (Oktober 1943), als die Deportation der dänischen Juden begann. Dort u. a. Zusammenarbeit mit Willy Brandt. Fritz Bauer kehrte 1945 nach Dänemark zurück.

1949 Rückkehr nach Deutschland mit Unterstützung des SPD-Politikers Kurt Schumachers. 1950 Ernennung zum Generalstaatsanwalt beim OLG Braunschweig. Hier initiierte Bauer den „Remer-Prozeß“ gegen den Ex-Wehrmachtsoffizier Remer, der in Berlin am 20. Juli 1944 gegen die Akteure des Umsturzversuches vorgegangen war und sich in der Bundesrepublik als rechtsradikaler Propagandist betätigte, in dem er die hingerichteten Regimegegner als „Landes-/Hochverräter“ verunglimpfte. Die Anzeigen der Hinterbliebenen versuchte der zuständige Braunschweiger Staatsanwalt Topf niederzuschlagen; als Topf sich hartnäckig weigerte, zu ermitteln, lies er diesen ablösen und nach Lüneburg versetzten. Bauer übernahm die Anklage wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Das Gericht bewertet das Handeln der Widerstandskämpfer als rechtmäßig, sie werden juristisch rehabilitiert. Remer entzog sich der Strafe durch Flucht nach Spanien. Mit diesem Urteil wurde der 20. Juli ein festes Datum der deutschen Erinnerungskultur.

1956 wechselte Fritz Bauer als hessischer Generalstaatsanwalt in Frankfurt am Main. Er betrieb weiter die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Verdeckt gab er den ermittelten Aufenthaltsort von Adolf Eichmann direkt an Israel weiter, weil er den deutschen Behörden misstraute.

Ab 1959 sorgte er dafür, dass dem Landgericht Frankfurt am Main die Zuständigkeit für alle im Vernichtungslager Auschwitz begangenen Straftaten übertragen wurde. Es folgten die zwei Frankfurter Auschwitzprozesse (1963 – 68). Im ersten und größten Verfahren steuerte Bauer die Anklageerhebung gegen 22 mutmaßliche NS-Täter; bei der Verhandlung agierte aber ein anderer Staatsanwalt. Trotz der insgesamt relativ milden Urteile stieß „dieser Prozess die öffentliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust in der Bundesrepublik nachhaltig an.“ (LeMo)

Ab 1965 bereitete Bauer einen Prozeß gegen NS-Juristen vor („Schreibtischtäter“), die die „Euthanasie“-Morde ermöglichten. Dieser Prozess sollte ein Exempel gegen die NS-Justiz statuieren. Sein Tod 1968 ließ dieses Verfahren versanden.

Fritz Bauer setzte sich darüber hinaus für Strafrechts- und Strafvollzugsreformen, für Resozialisierung und für die gesellschaftliche Verantwortung des Justizwesens beim Wiederaufbau einer demokratischen Gesellschaft ein. Zu seinem rechts- und gesellschaftspolitischen Engagement gehören daher auch 1954 die Mitgründung der SPD-nahen Theoriezeitschrift "Die neue Gesellschaft" (heute: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte); 1959 Gründungsmitglied der Deutschen Kriminologischen Gesellschaft, 1961 Mitgründer der Vereinigung „Humanistische Union“ sowie noch kurz vor seinem Tod 1968 war er an der Gründung der Zeitschrift „Kritische Justiz“ beteiligt.

Beim offiziellen Trauerakt für Fritz Bauer wird er von Robert M. W. Kempner (Anklagevertreter bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen) als „größter Botschafter, den die Bundesrepublik hatte“, geehrt. (LeMo)

<https://www.fritz-bauer-institut.de/fritz-bauer>

<https://www.fritz-bauer-archiv.de>

Eimermacher, Stefanie: Biografie Fritz Bauer, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. URL: <http://www.hdg.de/lemo/biografie/fritz-bauer.html>  
Eintrag "Bauer, Fritz" in Munzinger Online/Personen - Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000010098> (abgerufen v. Ratsbücherei der Hansestadt Lüneburg)

Anlage 2

Benennungen nach Dr. Fritz Bauer im öffentlichen Raum (nicht vollständig)

Zähler	Straße	Weg	Platz, Grünan- lage ...	Ort
1			X	Braunschweig
2			X	Ginsheim-Gustavsburg
3	X			Frankfurt am Main
4	X			Tübingen
5	X			München
6	X			Altdorf (b. Nürnberg)
7	X			Bonn
8	X			Heinsberg
9	X			Stuttgart
10	X			Ratingen
11				
12				
13				
14				
15				
16				
17				
18				
19				
20				
21				
22				
23				
24				
25				
26				



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

*Frauen können alles.*

# Mütter des Grundgesetzes



# Frieda Nadig – die Umsetzerin



© J.H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung

Frieda Nadig (SPD) gehörte dem wichtigen Grundsatzausschuss des Parlamentarischen Rates an. Von 1949 bis 1961 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages.

Im Grundsatzausschuss setzte sich Frieda Nadig energisch für die Aufnahme des Gleichberechtigungsartikels ein.

Überdies kämpfte sie für eine gesetzlich verankerte Lohngleichheit von Männern und Frauen, hier stand sie zusammen mit Helene Weber (CDU), die sich gleichfalls vehement für die Lohngleichheit einsetzte. Beide Frauen konnten sich in diesem Punkt jedoch nicht gegen ihre männlichen Parteikollegen durchsetzen.

Ein weiteres Hauptthema Frieda Nadigs war die gesetzliche Gleichstellung unehelicher mit ehelichen Kindern. Angesiedelt war dieses Thema in der Diskussion um den Schutz des Staates für Ehe und Familie und um das Elternrecht, das nicht ohne Grund auch als „größter Zankapfel“ des Parlamentarischen Rates bezeichnet wurde. In das Grundgesetz wurde eine Gleichstellung unehelicher und ehelicher Kinder nicht explizit aufgenommen.

## Frieda Nadig – die Umsetzerin



*Frieda Nadig und Helene Weber*

© Bestand Erna Wagner-Hehmke,  
Stiftung Haus der Geschichte der  
Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Immerhin konnte Frieda Nadig, hier übrigens wieder zusammen mit Helene Weber, durchsetzen, dass es im Artikel 6 Absatz 5 GG heißt: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“

»Bei der Verkündung des Grundgesetzes und des in ihm enthaltenen Artikel 3 ging eine freudige Bewegung durch die Reihen der Frauen.«

Frieda Nadig, Bundestagsrede am 27.11.1952



*Bei der konstituierenden Sitzung des  
Parlamentarischen Rates*

© Bestand Erna Wagner-Hehmke,  
Stiftung Haus der Geschichte der  
Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Frieda Nadig war in ihrer Zeit im Deutschen Bundestag eine der Abgeordneten, die sich unermüdlich für eine konsequente Umsetzung des Gleichberechtigungsaufsatzes einsetzten. Die dazu erforderliche grundlegende Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) machte den Kampf für die Umsetzung von Artikel 3 Absatz 2 GG lang, mühsam und außerordentlich kräftezehrend.

Wichtige Bereiche der Umsetzung waren alle Bestimmungen über den sogenannten Stichentscheid des Ehemannes, Fragen der Sozialordnung sowie Fragen des Staatsbürgerrechts für Frauen, die mit Ausländern verheiratet waren. Daneben arbeitete Frieda Nadig insbesondere an den Voraussetzungen, die Not der Vertriebenen und Kriegsoffer zu lindern.

»Im Parlamentarischen Rat ist die deutsche Frau zahlenmäßig viel zu gering vertreten. Das Grundgesetz muss aber den Willen der Staatsbürger, die überwiegend Frauen sind, widerspiegeln.«

Frieda Nadig, 1948, in: Die Neue Zeitung, 25.9.1948

Frieda Nadig (1897–1970)

11. 12. 1897	Geboren als Friederike Charlotte Louise Nadig in Herford; Mutter: Luise Henriette Friederike Drewes, Näherin; Vater: Wilhelm Nadig, Tischler, Mitglied des Preußischen Landtags (SPD)
1913	Eintritt in die Arbeiterjugendbewegung in Herford
1920–1922	Besuch der Sozialen Frauenschule in Berlin
1922	Beginn einer Tätigkeit als Jugendfürsorgerin im Bielefelder Wohlfahrtsamt; ehrenamtlich für die Arbeiterwohlfahrt aktiv
1929–1933	Mitglied im westfälischen Provinziallandtag
1933	Aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus dem öffentlichen Dienst entlassen
1936	Beschäftigung als Gesundheitspflegerin in Ahrweiler
1946–1966	Hauptamtliche Bezirkssekretärin der Arbeiterwohlfahrt in Westfalen-Ost
1947–1950	Mitglied des Landtags in Nordrhein-Westfalen
1948–1949	Mitglied des Parlamentarischen Rates, Grundsatzausschuss
1949–1961	Abgeordnete des Deutschen Bundestages (SPD)
14. 8. 1970	In Bad Oeynhausen gestorben



© Bestand Erna Wagner-Hehmke, Stiftung Haus der  
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

## Ehrungen – Gedenken



- 1961  
Großes Bundesverdienstkreuz
- 1970  
Marie-Juchacz-Plakette für  
außerordentliches Engagement  
bei der Arbeiterwohlfahrt

# Elisabeth Selbert – die Texterin



© Spitzley/von Lingen Presse-Service

Elisabeth Selbert (SPD) stammte aus Kassel und war Juristin. Ihr besonderes Anliegen war die Schaffung eines unabhängigen Rechtswesens, vor allem eines unabhängigen Richteramtes. In diesem Zusammenhang forderte sie – erfolgreich – ein oberstes Gericht zur Normenkontrolle aller politischen Gremien, das heutige Bundesverfassungsgericht. Den größten Einfluss hatte Elisabeth Selbert jedoch auf anderem Gebiet: Sie formulierte den Gleichheitsgrundsatz und setzte sich in zähen Verhandlungen für die Aufnahme dieses Grundsatzes in die Grundrechtsartikel ein.

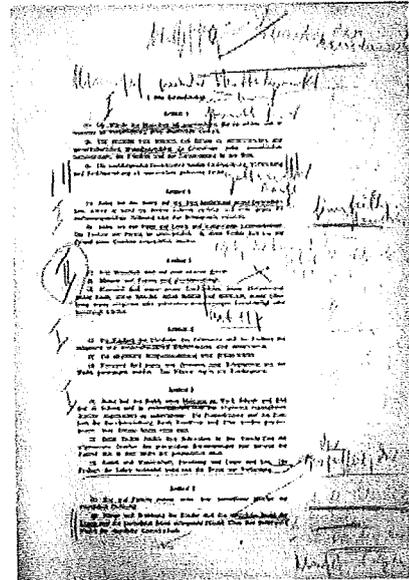
Sie hatte zuerst Frieda Nadig (SPD) zu überzeugen, die aufgrund ihrer Kenntnisse des Familienrechts ein Gesetzes-Chaos befürchtete. Helene Weber und Helene Wessel, die beiden anderen Frauen im Parlamentarischen Rat und Mitglieder im Grundsatzausschuss, favorisierten zuerst eine Formulierung, die die „Eigenart“ des Weiblichen berücksichtige. Die Mehrheit der Verfassungsväter wollte die Formulierung der Weimarer Verfassung übernehmen: „Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“

Nach Ablehnung der Selbert'schen Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in der Sitzung des Grundsatzausschusses am 30. November 1948 musste die Frage der Gleichberechtigung im Hauptausschuss erneut verhandelt werden.

Elisabeth Selbert begründete den Antrag persönlich. Doch auch im Hauptausschuss wurde am 3. Dezember 1948 die Formulierung mit elf zu neun Stimmen abgelehnt. Zwischen Dezember 1948 und Januar 1949 initiierte Selbert einen breiten öffentlichen Protest, getragen vom Frauensekretariat der SPD, von überparteilichen Frauenverbänden, Kommunalpolitikerinnen und weiblichen Berufsverbänden.

Eine Fülle von Resolutionen, Briefen und Stellungnahmen erreichte die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Selbert und Nadig gelang es nun, ihre beiden Mitstreiterinnen, Helene Weber und Helene Wessel, zu überzeugen und mit ihnen gemeinsam schließlich alle Mitglieder des Parlamentarischen Rates.

Am 18. Januar 1949 wurde der Gleichheitsgrundsatz in der Sitzung des Hauptausschusses einstimmig angenommen und im Grundgesetz verankert.

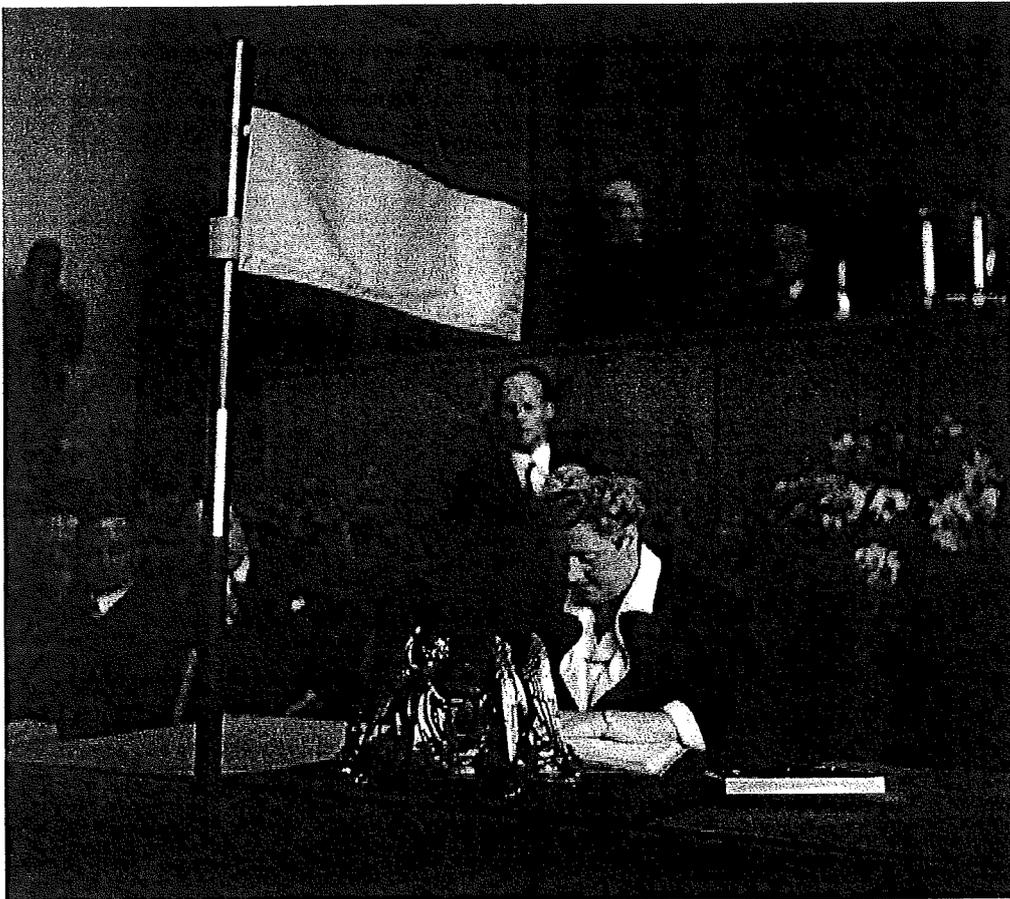


Das Exemplar des Grundgesetzes von Elisabeth Selbert

© AddF - Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel - Nachlass Elisabeth Selbert, NL-P-11

»Der klare Satz:  
›Männer und Frauen sind gleichberechtigt‹ ist so eindeutig, dass wir ihn nicht negativ zu umschreiben brauchen.«

Elisabeth Selbert 1948  
im Parlamentarischen Rat



23. Mai 1949 – Elisabeth Selbert unterzeichnet das Grundgesetz

© Bestand Erna Wagner-Hehmke, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn



© Stadtarchiv Kassel, Fotograf: Heinz Pauly

Dieses für die Frauen in Deutschland so bedeutsame Engagement hatte für Elisabeth Selbert allerdings Konsequenzen: Ihr Einsatz führte zu einem gebrochenen Verhältnis zu ihrer Partei, insbesondere auf Bundesebene. Elisabeth Selbert wurde Mitglied des Hessischen Landtags, zog sich jedoch bereits Ende der Fünfzigerjahre aus der Politik zurück. Sie arbeitete fortan als Rechtsanwältin für Familienrecht in ihrer eigenen Kanzlei.

Elisabeth Selbert (1896–1986)

22. 9. 1896	Geboren als Martha Elisabeth Rohde in Kassel; Mutter: Elisabeth Sauer, Hausfrau; Vater: Georg Rohde, Justizoberwachtmeister
1919	Gemeindevorordnete (SPD) der Gemeinde Niedezwehren, heute Stadtteil von Kassel
1920	Eheschließung mit Adam Selbert, zwei Söhne im Laufe der Ehe
1926–1929	Jurastudium in Marburg und Göttingen, 1930 Promotion mit einer Arbeit über „Ehezerrüttung als Scheidungsgrund“
1934	Eröffnung einer Anwaltskanzlei in Kassel
1945	Mitarbeit im Ausschuss zur Neuordnung der Justizverwaltung in Kassel
1946	Mitglied im Bezirks- und Parteivorstand der SPD
1945–1946	Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessens
1946–1952	Stadtverordnete in Kassel
1946–1958	Landtagsabgeordnete des Landes Hessen (SPD)
1948–1949	Mitglied des Parlamentarischen Rates, Hauptausschuss
1958	Rückzug aus allen politischen Ämtern; bis zu ihrem 85. Lebensjahr Anwältin im eigenen Anwaltsbüro für Familienrecht
9. 6. 1986	In Kassel gestorben



»Ich bin Jurist und unpathetisch, und ich bin Frau und Mutter und zu frauenrechtlerischen Dingen gar nicht geeignet.«

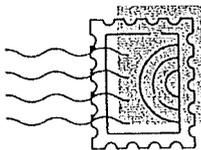
Elisabeth Selbert in einer Rundfunkansprache 1949

Elisabeth Selbert – die Texterin

## Ehrungen – Gedenken



- **1956** Großes Bundesverdienstkreuz
- **1969** Wappenring der Stadt Kassel
- **1978** Wilhelm-Leuschner-Medaille  
(Höchste Auszeichnung im Land Hessen)
- **1983** Erstmalige Verleihung des vom Land Hessen  
vergebenen Elisabeth-Selbert-Preises für  
herausragende wissenschaftliche und journalis-  
tische Arbeiten von Frauen
- **1984** Ernennung zur Kasseler Ehrenbürgerin
- **1986** Das Bürgerhaus in Niederzwehren wird anläss-  
lich ihres 90. Geburtstags nach ihr benannt
- **1987** In der Serie „Frauen der deutschen Geschichte“  
erscheint eine Briefmarke mit dem Porträt von  
Elisabeth Selbert





**Dr. Erna Scheffler (1893 - 1983), geb. Friedenthal**

Dr. Erna Scheffler war von 1951 bis 1963 (Wiederwahl 1959) die erste weibliche RichterIn des Bundesverfassungsgerichts.

Doris König, Richterin am Bundesverfassungsgericht:

*„Mich inspiriert, wie sie gegen alle Widerstände, mit unheimlicher Beharrlichkeit und Weitsicht in einer Männerwelt für die Rechte der Frauen gekämpft hat (...) Für mich ist sie eine der unterschätztesten Persönlichkeiten in der Geschichte der Bundesrepublik.“*



© Website Soroptimist International Karlsruhe

Geboren als Erna Friedenthal 1893 in Breslau, legte sie 1911 das Abitur als Externe an einem Knabengymnasium ab. Sie studierte Jura in Breslau (damals dort als einzige Jurastudentin), München und Berlin und schloss dieses 1914 mit Promotion (magna cum laude) in Breslau ab. Da Frauen zu dem Zeitpunkt keine juristischen Staatsexamina ablegen durften, war sie nach Abschluss des Studiums zunächst u.a. in Rechtsberatungsstellen der Fürsorge und als juristische Hilfskraft in Rechtsanwaltskanzleien, sowie in der deutschen Zivilverwaltung in Belgien tätig. Nachdem Frauen ab 1921 zum juristischen Staatsexamen zugelassen wurden, legte sie das Erste 1922 und das Zweite Staatsexamen 1925 ab. Anschließend war Dr. Erna Scheffler als Rechtsanwältin in Berlin an verschiedenen Gerichten, sowie ab 1928 als Gerichtsassessorin tätig und – mit dem Erreichen der für Frauen geltenden Altersgrenze von 35 Jahren – seit 1932 als Amtsgerichtsrätin am Amtsgericht Berlin-Mitte.

1933 wurde Dr. Erna Scheffler aufgrund ihrer Herkunft (als „Halbjüdin“) mit Berufsverbot belegt, mit geringer Pension (Ruhegehalt) aus dem Dienst entlassen, und versteckte sich zeitweise bis Kriegsende in einem Gartenhäuschen in der Nähe von Berlin.

Direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte Dr. Scheffler in den Justizdienst in Berlin zurück, zunächst als Landesgerichtsrätin, dann als Landgerichtsdirektorin, 1948 wechselte sie als Verwaltungsgerichtsrätin, später Verwaltungsgerichtsdirektorin nach Düsseldorf.

Auf dem Deutschen Juristentag 1950 hielt Dr. Erna Scheffler – als erste Juristin überhaupt – eine vielbeachtete Rede über die Gleichstellung von Mann und Frau mit dem Titel »Die Anpassung der Gesetze an die Forderungen des Grundgesetzes« und engagierte sich in der Folgezeit nachhaltig und erfolgreich für die Umsetzung des Verfassungsgrundsatzes Art. 3 Abs. 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“.

*„Ihr „Verdienst bestand nicht nur darin, den Gleichstellungsauftrag in Art. 117 Grundgesetz energisch und mit juristischer Weitsicht einzufordern und zu begründen, sondern die Implikationen des Gleichberechtigungspostulats in den verschiedenen Teilrechtsordnungen aufzuspüren und juristisch-dogmatisch zu bewältigen.“*  
(<https://www.deutsche-biographie.de/sfz109147.html>)



Am 07.09.1951 wurde Dr. Erna Scheffler als erste weibliche RichterIn des Bundesverfassungsgerichts im Ersten Senat ernannt, wo sie bis 1963 tätig war.

*„Mit ihrem Namen als Berichterstatterin ist das frühe Urteil zum Ehegattensplitting (BVerfGE 6, 55) ebenso verbunden wie die Entscheidung zur familienrechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau (BVerfGE 3, 225), durch welche Art. 6 und Art. 3 Abs. 2 GG bis heute fortwirkend erstmals verfassungsgerichtlich entfaltet wurden. Auch (...) die Aufhebung der Benachteiligung der Frau im landwirtschaftlichen Höferecht (BVerfGE 15, 337) und Entscheidungen zur Gleichberechtigung im Sozialversicherungsrecht (BVerfGE 17, 1, 38, 62) wurden maßgebend von ihr beeinflusst.“*  
(<https://www.deutsche-biographie.de/sfz109147.html>)

Als „Krönung meines Werks“ bezeichnet sie selbst das Urteil von 1959, welches sie verkünden durfte mit den Worten: „Die Bestimmungen aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch zum sogenannten ‚Väterlichen Stichtscheid‘ sind verfassungswidrig“.

Nach Ende ihrer Amtszeit als Richterin beim BVerfG war Dr. Erna Scheffler weiterhin als Juristin tätig, unter anderem als Sachverständige vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestags. Daneben setzte sie das Engagement für ihre familien- und gleichstellungspolitischen Grundsätze fort. Sie war Mitglied des Deutschen Juristinnenbundes, Vorsitzende des Dt. Akademikerinnenbundes, Mitglied der Ständigen Deputation des Dt. Juristentags und in zahlreichen internationalen frauen- und gleichstellungspolitisch orientierten Vereinigungen tätig, sowie Gründerin der Soroptimist International Club Karlsruhe, der ihr zu Ehren den Erna-Scheffler-Preis für junge Wissenschaftlerinnen vergibt.

Dr. Erna Scheffler starb am 22. Mai 1983 in London.

#### Quellen:

- [https://de.wikipedia.org/wiki/Erna\\_Scheffler](https://de.wikipedia.org/wiki/Erna_Scheffler)
- [https://www.deutschlandfunk.de/die-frauen-das-grundgesetz-und-die-gleichstellung.724.de.html?dram:article\\_id=97780](https://www.deutschlandfunk.de/die-frauen-das-grundgesetz-und-die-gleichstellung.724.de.html?dram:article_id=97780)
- <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/verfassungsrichterin-erna-scheffler-maenner-und-frauen-sind-gleichberechtigt/24184136-2.html>
- [https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=6&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwiD8\\_790qvnAhWGPOwKHaKxCVlQFjAFegQIARAB&url=https%3A%2F%2Fwww.pb.de%2Fapuz%2F26035%2Fdie-rechtsprechung-des-bundesverfassungs-gerichts-zur-garantierten-gleichberechtigung&usg=AOvVaw2CymM1dSme9SR10sQNzejK](https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=6&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwiD8_790qvnAhWGPOwKHaKxCVlQFjAFegQIARAB&url=https%3A%2F%2Fwww.pb.de%2Fapuz%2F26035%2Fdie-rechtsprechung-des-bundesverfassungs-gerichts-zur-garantierten-gleichberechtigung&usg=AOvVaw2CymM1dSme9SR10sQNzejK)